

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich stelle mir oft die Frage: Was ist los mit unserer Welt?

Die Ukraine, der Nahe Osten oder zunehmend auch der Balkan – Krisengebiete wohin man schaut. Es werden Kriege geführt und wir geben Milliarden Euro für Waffen, Panzer und Raketen aus. Die Gefahr einer Eskalation und die Angst vor dem Einsatz von atomaren Waffen ist wieder real und genauso präsent wie zur Zeit des „Kalten Krieges“.

Gleichzeitig werden vor Krieg, Terror und Menschenrechtsverletzungen Geflüchtete öffentlich diffamiert und antisemitisches, braunes Gedankengut wird wieder salonfähig.

Wer Politik macht – auch Kommunalpolitik – wird in den Sozialen Medien oft angefeindet, beleidigt und ausgegrenzt.

Das haben gerade die Grünen im HSK und in Olsberg erfahren müssen. Ein Betretungsverbot für eine Kneipe bzw. Hotel wurde ausgesprochen und an einem Geschäft wurde Stimmung gemacht mit der Parole: „Die grünen Wähler werden hier ab sofort nicht mehr bedient. Sozialschmarotzer und illegale Migranten ebenfalls nicht“.

Das große Thema Asylpolitik und die Aufnahme von Geflüchteten sollte öffentlich diskutiert werden. Vergleiche von steigenden Flüchtlingszahlen mit der Coronapandemie, den Bränden im Aqua Olsberg und im Feuerwehrgerätehaus sowie die des Cyber Angriffs auf die SIT wie in der Jahresabschlussrede vom Bürgermeister im Rat gezogen wurden, sind den Geflüchteten gegenüber respektlos und tragen in keiner Weise zur Lösung der Probleme bei.

Die aktuell verfügbaren 255 Wohnplätze sind auf Dauer nicht ausreichend, um weitere Geflüchtete aufzunehmen. Hier besteht noch Handlungsbedarf, und der Umgang hiermit muss meines Erachtens möglichst transparent und nachvollziehbar dargestellt werden und Entscheidungen dazu dürfen nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden.

Die Zuweisung von Geflüchteten an die Kommunen stellt diese vor große Herausforderungen – hier benötigen die Kommunen sicherlich mehr Unterstützung durch Land und Bund.

Zum Vorwurf von Ihnen, Herr Bürgermeister, „an einer Partei prallt die Diskussion um Reformen des Asylrechts wie Teflon ab“ kann ich nur sagen: Mir ist es lieber einer Partei anzugehören, die es sich wahrlich nicht leicht macht und sich intensiv mit Migration auseinandersetzt, anstatt vorschnell über Abschiebung von Geflüchteten und Abschottung von EU-Außengrenzen zu entscheiden oder das Sterben von Menschen im Mittelmeer und die unzumutbaren Verhältnisse in den Auffanglagern einfach hinzunehmen. Ich bin der festen Überzeugung - kein Mensch ist illegal.

Was mich allerdings zutiefst verstört ist, wenn Mitglieder der sogenannten Werteunion und der CDU an geheimen Treffen mit bekannten Rechtsradikalen und AFD-Mitgliedern teilnehmen, um über Remigration und Deportation zu diskutieren.

Es ist gut und richtig, dass wir uns als Ratsfraktionen der Stadt Olsberg zusammengetan haben, um uns der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages anzuschließen und am 25. Februar eine Demonstration unter dem Motto: Olsberg zeigt Haltung – für Demokratie und Zusammenhalt und somit gegen Rechtsradikalismus und die AFD – stattfinden wird. Hier gilt mein Dank Allen, die bei der Vorbereitung und Durchführung Hand in Hand zusammengearbeitet haben und dies noch werden.

Denn das Zitat von Molière aus dem 17. Jahrhundert gilt nach wie vor: „Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Und nochmal die Frage: Was ist los mit unserer Welt?

Der Hunger in der Welt, der Verlust von Biodiversität und der Klimawandel – die dringendsten Probleme unserer Zeit – rücken in den Hintergrund, werden verdrängt.

Schon heute sterben hunderttausende Menschen vorzeitig durch den Klimawandel, wie z.B. durch Unterernährung und zunehmende Wetterextreme. Missernten, Wasserknappheit und extrem hohe Temperaturen tragen mit dazu bei, dass Teile der Erde unbewohnbar, Konflikte verschärft oder verursacht und Fluchtbewegungen ausgelöst werden können.

Der Klimawandel passiert nicht in einer fernen Zukunft, sondern ist in unserem täglichen Leben angekommen – und nicht nur im globalen Süden, sondern auch hier bei uns, vor unserer Haustür.

Zwischen Februar 2023 und Januar 2024 lag die Erdoberflächentemperatur zum ersten Mal in 12 aufeinander folgenden Monaten dauerhaft 1,5 Grad über dem Schnitt des vorindustriellen Zeitalters. Ohne Klimaschutzmaßnahmen könnte bis Ende des Jahrhunderts jede sechste Tier- und Pflanzenart vom Aussterben bedroht sein. Das Pariser Klimaabkommen ist laut Wissenschaftlern kaum noch zu halten.

Im Vorbericht des Haushalts 2024 wird dem Klimaschutz „eine zunehmende Bedeutung“ eingeräumt. Wow – allein diese Formulierung macht mich sprachlos und zeigt das große Dilemma. Keine Priorisierung des Klimaschutzes, keine zukunftsweisenden Maßnahmen und nach wie vor keine Nachhaltigkeitsstrategie – nichts davon ist im HH der Stadt Olsberg zu finden. Ich wünsche dem neuen Klimaschutzmanager schon jetzt einen langen Atem, denn in vielen Köpfen ist noch nicht angekommen, was eine Nachhaltigkeitsstrategie beinhaltet: nämlich Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang zu bringen.

Ein Klimabeirat, der nur sporadisch und nichtöffentlich tagt und das Ausruhen auf Fördermaßnahmen aus dem Jahr 2022 – die zwar sehr gut angenommen werden aber 2025 laut Planung im Produkt B2160 auslaufen werden, ist längst nicht genug. Genau 55.000 € werden 2024 für Klimaschutz zur Verfügung gestellt. Dieses reicht bei weitem nicht aus.

Hieraus ergibt sich unser erster Änderungsantrag. Wir beantragen die Übernahme der nicht aufgebrauchten Mittel für Klimaschutz aus 2023 von knapp 18.000 € in die Planung für den Haushalt 2024.

Neue Ideen wie Zuschüsse für Entsiegelung von Flächen oder Fassadenbegrünung werden erst gar nicht mehr diskutiert und tauchen nur im neuen Zentrenkonzept für den Ortsteil Bigge als Idee des Planungsbüros wieder auf.

Die geplanten Fahrradboxen am Bahnhof Olsberg sind komplett aus dem Haushalt 2024 gestrichen worden, weil angeblich derzeit keine Nachfrage und somit keine Notwendigkeit besteht – für mich überhaupt nicht nachvollziehbar und sie können sicherlich nicht erst mal zurückgestellt werden.

2019 haben Sie, Herr Bürgermeister, Mittel hierzu angekündigt und diese waren seitdem im Haushalt zwar implementiert, wurden aber immer wieder nach hinten geschoben und verzögert. Dass die Gelder hierfür von 15.000 € ersatzlos gestrichen wurden, lehnen wir ausdrücklich ab.

Daraus resultiert der 2. Änderungsantrag unserer Fraktion: Wir beantragen die Wiederaufnahme der veranschlagten Mittel für die seit 2019 geplanten Fahrradboxen von 15.000 € in den Haushalt 2024.

Die energetische Optimierung der öffentlichen Gebäude wird zwar angegangen, wird aber aufgrund der angespannten finanziellen Lage und des „Schreckgespenstes“ Haushaltssicherung gerne erst einmal zurück- oder sogar ganz in Frage gestellt.

Die gesetzlichen Regelungen werden zwar eingehalten, aber alles, was darüber hinausgeht, wird erst gar nicht ernst genommen – von einer Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz kann für Olsberg nach wie vor keine Rede sein.

Ebenfalls werden gefasste Beschlüsse wie z.B. das Ausschreiben von Neubauten in Holzbauweise aus angeblichen Kostengründen – mit der Begründung: Holzbauweise wäre zu teuer – ohne die Vorteile der verkürzten Bauzeit oder das Einsparen von CO₂ Emissionen durch klimaneutrale Baumittel zu berücksichtigen – in Frage gestellt.

Dieses wird bei den geplanten Bauvorhaben der Feuerwehrgerätehäuser und des Aqua Olsberg gerade in den interfraktionellen Diskussionen sehr deutlich. Hier zeigt sich, wie schnell Wahlprogramme einzelner Parteien zum Thema Klima- und Umweltschutz nach der Kommunalwahl einfach über den Haufen geworfen werden.

Der Beschluss eine Energiegenossenschaft als Bürgerbeteiligungsmodell zu gründen um damit eine Erhöhung der Akzeptanz an regenerativen Energien in der Bürgerschaft zu erreichen und Wertschöpfung in der Region zu halten um somit Impulse für die lokale Wirtschaft zu setzen, ist zwar mit großer Mehrheit der Ratsfraktionen beschlossen und als Aufgabe an die Verwaltung gestellt worden – und das sogar 2-mal, im März und im November 2023 – ist bisher aber nur unzureichend bearbeitet und noch in keinster Weise erfolgreich umgesetzt worden.

Einnahmequellen für den Stadthaushalt aus dem Bereich Windenergie und Photovoltaik werden in den Haushaltsplanungen bis 2027 nicht aufgeführt. Gerade in Zeiten einer knappen Haushaltslage und eines möglichen Abrutschens in die Haushaltssicherung sind mögliche Handlungsspielräume fahrlässig vernachlässigt worden und werden viel zu spät angegangen.

Wünschenswert wäre schnellstmöglich eine Bürgerversammlung zum Thema Windkraftanlagen, Freiflächenphotovoltaik und Energiegenossenschaft einzuberufen und das Knowhow kommunaler Firmen mit ins Boot zu nehmen. Ebenfalls wäre für diesen Bereich eine interkommunale Zusammenarbeit erstrebenswert, um somit Synergieeffekte nutzen zu können.

Zum Themenkomplex Klimaschutz noch ein Zitat von Robert Swan: „Die größte Gefahr für unseren Planeten ist der Glaube, dass jemand anderes ihn rettet.“

Ebenfalls stelle ich mir oft die Frage: Was ist los mit und in unserer Stadt?

Die Aufstellung des Haushalts 2024 war alles andere als einfach und es gab, schon im Vorfeld, erheblichen Diskussionsbedarf. Natürlich will keine Kommune in die Haushaltssicherung fallen. Ist es aber der richtige Weg, den Haushalt und die Stadtfinanzen über das neue kommunale Finanzmanagement Weiterentwicklungsgesetz abzusichern bzw. schön zu rechnen? Was können wir uns als Stadt für Investitionen leisten oder eben auch nicht leisten, um die Ausgleichsrücklagen nicht zu schnell zu verbrauchen?

Trotz dieser Fragen hat es Kämmerer Stefan Kotthoff mit den Mitarbeitenden der Verwaltung geschafft, einen Haushalt aufzustellen. Hierfür und auch für die Erklärungen und Hilfen im Vorfeld der Haushaltsberatungen nochmal herzlichen Dank.

Unserer Meinung nach müssen ALLE Vorhaben zu Investitionen und ebenfalls alle Standorte für Großprojekte, unter der Berücksichtigung der finanziellen Entwicklung, neu diskutiert werden und zukunftsorientiert und im Sinne der Nachhaltigkeit überdacht werden.

Beim Aqua Olsberg sollte erst mal geschaut werden, was für die Versicherungssumme von ca. 3 Millionen € machbar ist. Eine Modifizierung des Bades mit weniger Gastronomie, mit mehr Platz für Verwaltung und Personal, Barrierefreiheit sowie energetischer Sanierung ist für uns der richtige Weg. Eine Vergrößerung des Sauna- und Solebereichs halten wir für nicht notwendig, einen Wellnessbereich für überflüssig. Ebenfalls ist es der Wunsch von vielen unserer Bürgerinnen und Bürger das Freibad zu erhalten. Die Gesamtinvestitionen für das Aqua sollten 5 Millionen € Brutto – inklusive der Versicherungserstattung – nicht überschreiten.

Das Feuerwehrgerätehaus für den Löschzug Olsberg ist mit 13 Mill. € vorerst veranschlagt – eine Summe die Konsequenzen für die Sanierungen bzw. den Um- oder Neubau von Gerätehäusern für die einzelnen Dörfer, in erster Linie für Antfeld, Elleringhausen und Bruchhausen, nach sich zieht. Der Brandschutzbedarfsplan, wie wir ihn beschlossen haben, ist mit den gegebenen finanziellen Mitteln, die uns in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen, nicht realisierbar. Das sollte auch den Kameradinnen und Kameraden des Löschzugs Olsberg und den Löschgruppen der Dörfer bewusst sein und in die Überlegungen und weiteren Planungen mit einbezogen werden.

Bei der Grundschule Bigge ist seit 2020 eigentlich nichts passiert. Es wurde viel geredet und diskutiert, aber kaum Vorschläge des Arbeitskreises umgesetzt. Wir treten hier auf der Stelle und es gibt keine überzeugenden Alternativvorschläge. Wichtig ist, dass zeitnah Entscheidungen getroffen werden, damit konkrete Planungen erarbeitet und endlich umgesetzt werden können.

Wenn man sich das Produkt B3120 anschaut, sieht man, dass sich hier Prioritäten von 2023 auf 2024 verändert haben. Der „Mobilitätshof an der Hüttenwiese“ steht jetzt auf Priorität 1, obwohl klar ist, dass ein erhöhtes Verkehrsaufkommen gerade im Bereich der stark frequentierten B480 dadurch verursacht wird. Die Nähe zur Ruhr und die Versiegelung von Flächen halten wir für mehr als problematisch, und Tankstellen gibt es in der Umgebung bereits genug. Schnellladesäulen sollten dort platziert werden, wo bestehende Gastro- und Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sind. So könnten auch diese davon profitieren. Wir haben schon gegen die Änderung des Flächennutzungsplans gestimmt und lehnen den Mobilitätshof im Ganzen ab.

Ebenfalls im Produkt B3120 steht die Priorität für Darstellung von Flächen im Stadtgebiet Olsberg zur Nutzung für Freiflächen-Photovoltaik nur auf Priorität 2, und dass, obwohl am 16. März 2023 im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes die Maßnahme „Ausbau PV-Freiflächenanlagen“ mit dem Leitziel: Erhöhung des Anteils an PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet und somit an der Stromproduktion im Stadtgebiet“ einstimmig vom Rat der Stadt Olsberg beschlossen wurde. Diese Priorisierung ist daher für uns unverständlich, da der Auftrag an die Verwaltung klar definiert ist.

Wir beantragen deshalb als 3. Änderung zum Haushalt 2024 die Priorität bei der Darstellung von Flächen im Stadtgebiet Olsberg zur Nutzung für Freiflächen-Photovoltaik von 2 auf 1 hochzusetzen.

Zum Schluss meiner Rede habe ich noch ein Anliegen, welches ich noch zur Sprache bringen möchte. In ihrer Rede zur Haushaltseinbringung und auch beim Neujahrsempfang haben Sie, Herr Bürgermeister, die Politikverdrossenheit angesprochen und dieses auf fehlenden Gestaltungsspielraum zurückgeführt. Das ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Für Olsberg und für die ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertreter in den Ausschüssen und im Rat kommt meines Erachtens noch hinzu, dass es vorkommt, dass einem oft nicht die nötige Wertschätzung entgegengebracht wird. Bei Nachfragen zu aktuellen Themen oder Rückfragen zu vergangenen Sitzungen wird man teilweise nicht ernst genommen oder Nachfragen werden als unberechtigt hingestellt. Es darf nicht sein, dass man sich überlegt, überhaupt eine Nachfrage zu stellen, aus der Angst heraus, als unzureichend vorbereitet oder dumm dargestellt zu werden. Ein Respektvoller Umgang und ein wertschätzendes Verhalten sind die Grundlage für ein gutes Miteinander.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die doch meist gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Schließen möchte ich meine Rede mit dem Zitat von Robert Habeck: „Gemeinsam Lösungen finden, den halben Meter aufeinander zugehen, trotz unterschiedlicher Überzeugungen. Das nennt man Politik.“

Ich wünsche weiterhin gute Beratungen und einen schönen Abend.

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2024 der Stadt Olsberg:

- Wir beantragen die Übernahme der nicht aufgebrauchten Mittel für Klimaschutz aus 2023 von knapp 18.000 € in die Planung für den Haushalt 2024.
- Wir beantragen die Wiederaufnahme der veranschlagten Mittel für die seit 2019 geplanten Fahrradboxen von 15.000 € in den Haushalt 2024.
- Wir beantragen die Priorität bei der Darstellung von Flächen im Stadtgebiet Olsberg zur Nutzung für Freiflächen-Photovoltaik von 2 auf 1 hochzusetzen.